

## D2 Dringlichkeitsantrag zum Krieg in der Ukraine und dessen Folgen

Gremium: Landesvorstand  
Beschlussdatum: 26.03.2022  
Tagesordnungspunkt: Dringlichkeitsanträge

### Antragstext

#### 1 I Einführung

2 Bündnis 90/Die Grünen Berlin verurteilen den völkerrechtswidrigen russischen Angriffskrieg  
3 in der Ukraine und stehen solidarisch an der Seite der Ukrainer\*innen und aller vom Krieg  
4 betroffenen Personen und Geflüchteten.

5 Wladimir Putins Krieg verändert die geo- und sicherheitspolitische Situation in Europa  
6 fundamental. Darauf müssen wir in der Europäischen Union Antworten finden. Es ist richtig,  
7 dass in einer „Zeitenwende“ alte Wahrheiten nicht mehr gelten. Gleichwohl ist es umgekehrt  
8 nicht geboten, einfache Antworten in einer Zeit zu geben, in der viele Fragen noch offen  
9 sind. Eine angemessene Antwort umfasst Sicherheit, internationale Zusammenarbeit und  
10 humanitäre Hilfe, europäische Souveränität ob bei der Energie- oder der  
11 Nahrungsmittelversorgung, Antworten auf die Klimakrise sowie auf die sozialen Fragen dieser  
12 Zeit gleichermaßen. Ein sehr großer Teil unserer Gesellschaft ist zurecht besorgt über den  
13 Krieg und dessen Auswirkungen auf unser hiesiges Leben. Wir geben diesen Ängsten Raum und  
14 begegnen den sozialen Folgen des Krieges energisch.

15 Bündnis 90/Die Grünen Berlin stehen solidarisch an der Seite all jener in der russischen  
16 Zivilgesellschaft, die unter schwersten Bedingungen deutliche Kritik am Krieg der eigenen  
17 Regierung üben und unter politischer Verfolgung leiden. Wir stellen uns überdies entschieden  
18 gegen die zunehmenden Übergriffe gegen russische Bürger\*innen in Berlin und verurteilen die  
19 anti-russischen Anfeindungen, von denen Menschen in unserer Stadt betroffen sind.

#### 20 II Sicherheitspolitik umfassend denken

21 Wir brauchen eine gut ausgestattete Bundeswehr. Wir müssen in unsere Sicherheit investieren.  
22 Die Bündnis- und Verteidigungsfähigkeit wird aber nicht nur durch Rüstungsgüter erreicht.  
23 Vielmehr müssen wir Sicherheit breit denken, um Frieden zu gewährleisten. Dazu gehört eine  
24 funktionierende Abwehr gegen Desinformationskampagnen oder Cyber-Angriffe auf kritische  
25 Infrastrukturen, z.B. auf die Wasser- oder Stromversorgung. Zentrale Voraussetzung für  
26 Frieden und Sicherheit sind zudem Diplomatie, feministische Klimaaußenpolitik,  
27 internationale zivile Krisenprävention, sogenannte Entwicklungszusammenarbeit sowie  
28 humanitäre Hilfe.

29 Daher setzen wir uns dafür ein, dass Sicherheitspolitik umfassend verstanden wird und sich  
30 dies auch bei der Verausgabung des geplanten Sondervermögens über 100 Milliarden Euro sowie  
31 im Haushalt des Bundes widerspiegelt. Im Fokus der haushaltspolitischen Entscheidungen  
32 müssen die tatsächlichen Bedarfe und die Angemessenheit des Vorhabens stehen. Nur wenn wir  
33 in diesem Sinne in den Frieden investieren, werden wir tatsächlich mehr Sicherheit erreichen  
34 können. Die Verankerung militärpolitischer Ziele im Grundgesetz lehnen wir strikt ab.  
35 Zusätzliche Mittel für die Bundeswehr müssen mit klarer Zielvorgabe eingesetzt und deren  
36 Einsatz parlamentarisch kontrolliert werden. Wichtig ist zudem, das in Teilen dysfunktionale  
37 Beschaffungswesen zu verbessern. Zugleich braucht es endlich eine strukturelle Antwort auf  
38 das zunehmend transparent werdende Rechtsextremismus-Problem der Bundeswehr.

39 Die aktuellen Erfahrungen führen uns noch einmal vor Augen, dass es einen grundlegenden  
40 Reformbedarf hinsichtlich der grundgesetzlichen Schuldenregel gibt. Es ist finanzpolitisch  
41 nicht nachhaltig, wenn notwendige Investitionen unterbleiben. Nicht zuletzt geht es jetzt  
42 darum, den krisenresilienten Ausbau der Verkehrs- und Energiewende zu ermöglichen, die die  
43 Grundlage unserer energie- und sicherheitspolitischen Unabhängigkeit sind. Aufgrund der  
44 aktuellen Herausforderungen ist es nötig, dass auch bei der Kreditaufnahme alte  
45 Glaubenssätze auf den Prüfstand kommen. Klar ist für uns, dass stärkere Schultern  
46 solidarisch zur Finanzierung notwendiger Investitionen beitragen sollen, besonders in dieser  
47 Ausnahmesituation.

48 Bündnis 90/Die Grünen Berlin bekennen sich zum Selbstverteidigungsrecht der Ukrainer\*innen.  
49 Die Waffenlieferungen der Bundesregierung an die Ukraine sind vor dem aktuellen Hintergrund  
50 ein gebotenes, wenngleich schmerzhaftes letztes Mittel. Sie müssen ein Ausnahmefall bleiben.  
51 Grundsätzlich gilt weiterhin das Exportverbot von Rüstungsgütern in Kriegs- und  
52 Konfliktgebiete.

### 53 III Sozialer Friede in einer Zeit sich potenzierender Krisen

54 Aufgrund des Krieges sind globale Nahrungsmittelkrisen zu befürchten. Die internationale  
55 Staatengemeinschaft steht in der Pflicht, humanitäre Katastrophen in Ländern wie Jemen und  
56 Somalia zu verhindern und unkompliziert Hilfen zur Verfügung zu stellen. Dazu gehört, dem  
57 UN-Welternährungsprogramm Geld zur Verfügung zu stellen, damit es auch zu höheren Preisen  
58 Nahrungsmittel für die betroffenen Regionen kaufen kann. Hier kann Deutschland ein klares  
59 Zeichen globaler Solidarität setzen.

60 Die wirtschaftlichen und ökonomischen Folgen des Krieges sind auch hierzulande bereits  
61 deutlich zu spüren. Im Zuge des Krieges sind etwa die Energie- und Lebensmittelpreise enorm  
62 gestiegen. Darum ist es wichtig für Entlastung und soziale Sicherheit zu sorgen. Dabei ist  
63 es entscheidend, gerade Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen direkt zu entlasten,  
64 die auf die Unterstützung besonders angewiesen sind. So bleibt unsere Gesellschaft in Zeiten  
65 der Krise handlungsfähig und hält zusammen. Es ist gut, dass die Bundesregierung bereits  
66 zwei Entlastungspakete auf den Weg gebracht hat, u.a. mit einem Heizkostenzuschuss für  
67 Wohngeld-Empfänger\*innen von 270 Euro, einem monatlichen Kinder-Sofortzuschlag für Familien  
68 mit geringem Einkommen, einem Einmalbonus in Höhe von 100 Euro zum Kindergeld, einer  
69 Einmalzahlung in Höhe von 200 Euro für Menschen in der Grundsicherung und einer Erhöhung des  
70 Mindestlohns auf 12 Euro ab 1. Oktober und einer Energiepreispauschale in Höhe von 300 Euro  
71 als Zuschuss zum Gehalt. Ein besonderer Erfolg unserer Grünen Akteur\*innen in den  
72 Verhandlungen ist ein 90-Tage-Ticket für den ÖPNV, das nur 9 Euro im Monat kosten soll. Das  
73 sichert Mobilität für Millionen von Pendler\*innen und ist ein großer Schritt nach vorne für  
74 eine bezahlbare und klimaneutrale Verkehrswende. Trotz dieser ersten richtigen Schritte:  
75 auch Student\*inn und Rentner\*innen müssen in dieser Krise unterstützt werden. Wir müssen  
76 darauf achten, dass niemand durchs soziale Netz fällt.

77 Die Folgen des Ukraine-Krieges werden uns noch über lange Zeit begleiten. Von einer  
78 schnellen Entspannung bei den Preisen ist nicht auszugehen. Wir fordern daher, die rasche  
79 Anpassung der Regelsätze der Grundsicherung und deren substantielle Anhebung. Wir brauchen  
80 sozial ausgewogene, effektive und nachhaltige Entlastungen. Soziale Gerechtigkeit und  
81 Klimaschutz dürfen hier nicht gegeneinander ausgespielt werden. Wir brauchen beides.

### 82 IV Energiewende in Land und Bund

83 Der Krieg in der Ukraine hat uns deutlich vor Augen geführt, wie gravierend die Abhängigkeit  
84 von fossilen Energieimporten aus Russland ist, in die wir in den letzten Jahrzehnten geraten  
85 sind. Die Abhängigkeit Deutschlands und Berlins von Gas-, Kohle- und Ölimporten aus Russland

86 muss sowohl aus klima-, friedens- wirtschafts- als auch aus sicherheitspolitischen Gründen  
87 so schnell wie möglich beendet werden. Echte Energiesouveränität und Unabhängigkeit von  
88 russischen Energieträgern wird es nur mit den Erneuerbaren geben. Wir brauchen deshalb einen  
89 Energiewende-Booster, um den Umstieg auf 100% Erneuerbare möglichst rasch zu schaffen.

90 Kurzfristig müssen die Bundesregierung und die Europäische Union die Zufuhr fossiler  
91 Energieträger diversifizieren, um die Versorgungssicherheit sicherzustellen. Wir begrüßen  
92 daher, dass Wirtschaftsminister Robert Habeck mit Hochdruck genau diese Idee der  
93 Energiesouveränität u.a. durch einen massiv beschleunigten Ausbau der Erneuerbaren Energien  
94 und eine Photovoltaikpflicht vorantreibt und gleichzeitig die Versorgungssicherheit durch  
95 Diversifizierung, Steigerungen der Energieeffizienz und den Bau von Gasspeichern im Blick  
96 behält. In der aktuellen Notlage kann dies bedeuten, dass wir fossile Energien auch aus  
97 Ländern beziehen müssen, von denen wir lieber keine Energie beziehen würden, wie z.B. Katar.  
98 Es kann aber keine dauerhafte Lösung sein, dass wir uns von einem autokratischen Regime ab-  
99 und einem anderen zuwenden.

100 Auch in Berlin stehen wir vor der Herausforderung, die Versorgungssicherheit zu  
101 gewährleisten und zugleich die Energiewende beschleunigt voranzutreiben. Noch können wir  
102 nicht komplett auf Gas für die Wärmeversorgung verzichten. Wir werden aber alles tun, um Gas  
103 schnellstmöglich durch klimaneutrale Wärmequellen zu ersetzen und die Gasinfrastruktur  
104 umzubauen – für eine erneuerbare Wärmeversorgung in Berlin. Am Kohleausstieg noch vor 2030  
105 halten wir fest.

106 Unser 10-Punkte-Plan im Wärmebereich sieht dabei kurz-, mittel- und langfristige Maßnahmen  
107 vor, die wir nun gemeinsam mit unseren Koalitionspartnern auf den Weg bringen wollen. Dafür  
108 wird es aber auch zusätzliche Mittel jenseits der aktuellen Haushaltsberatungen brauchen.  
109 Die rot-grün-rote Koalition hat sich darauf verständigt, dass Investitionen in die Energie-  
110 und Mobilitätswende einen Schwerpunkt dieser Legislatur bilden sollen. Der Krieg in der  
111 Ukraine zeigt uns drastisch, wie dringlich eine solche Schwerpunktsetzung ist.

112 1. Wir müssen mehr Erneuerbare Wärme in die Heizungskeller bringen. Dazu wollen wir ein  
113 Austauschprogramm von Gasheizungen hin zu Wärmepumpen auf den Weg bringen. Zudem soll der  
114 Austausch von Heizkörpern gefördert werden, um die Häuser und Wohnungen fit für Wärmepumpen  
115 zu machen. Wir prüfen einen Wärmepumpenbonus für Handwerker\*innen und beenden die  
116 Landesförderung für Gasbrennwertthermen. Für den Neubau schöpfen wir unsere rechtlichen  
117 Möglichkeiten für einen Einbaustopp von Gasthermen aus.

118 2. Wir müssen bei der Dekarbonisierung der Wärmenetze schneller vorankommen. Hierfür wollen  
119 wir die Umstellung der Fernwärme auf Erneuerbare bzw. Abwärme beschleunigen und mit den  
120 Betreibern der bestehenden Erdgasverteilnetze verbindliche Ausstiegspläne vereinbaren.

121 3. Berlins erneuerbare Wärmepotentiale wollen wir mit einer Wärmeplanung noch konsequenter  
122 erschließen. Dazu wollen wir eine Landesförderung für regenerative Nahwärmenetze einführen.

123 4. Wir werden auch die Potentiale der Geothermie stärker nutzen. Dafür werden wir in einem  
124 ersten Schritt die Datenbasis für die Nutzung von Tiefengeothermie in Berlin verbessern. Für  
125 die kostspielige umfassende Erkundung suchen wir sowohl die Unterstützung des Bundes als  
126 auch mögliche Kooperationen mit der Wirtschaft. Wir nehmen einen neuen Anlauf, um den  
127 Zielkonflikt zwischen der Sicherung unseres Grundwassers und oberflächennaher Geothermie zu  
128 lösen. Auch die Potentiale grünen Wasserstoffs müssen wir nutzen – insbesondere als  
129 Speicher, für Industrie und Schwerlastverkehr. Dafür braucht es Unternehmen, die sich  
130 hierfür engagieren, und deutlich mehr grünen Strom. Eine echte Offensive schaffen wir nur  
131 gemeinsam mit Brandenburg.

132 5. Wir brauchen ein ambitioniertes und machbares Sanierungsprogramm für Berlins Häuser. Dazu  
133 müssen wir bewährte Förderprogramme stärken. Die Ankündigung der Bundesregierung, einen  
134 ordnungsrechtlichen Rahmen zu schaffen, begrüßen wir. Etwaige notwendige Lücken schließen  
135 wir im Rahmen eines Erneuerbare-Wärme-Gesetzes.

136 6. Eine der dringlichsten Maßnahmen ist eine Offensive für mehr Fachkräfte in Klimaberufen.  
137 Wir starten deshalb in Abstimmung mit dem Berliner Handwerk, den Kammern und Innungen, eine  
138 Aus- und Fortbildungsinitiative, um mehr Menschen für Klimaschutzberufe zu begeistern.

139 7. Wir wollen Energiesparchecks für alle öffentlichen Gebäude verpflichtend durchführen und  
140 schnell und einfach umzusetzende Einsparmaßnahmen auf den Weg bringen. Privathaushalte  
141 wollen wir mit einer Energiesparkampagne und einer kostenlosen Erstberatung über ihre  
142 Einsparpotentiale informieren und die bereits vorhandenen Angebote stärker bewerben. So ist  
143 ein Großteil der Gasetagenheizungen in Berlins Mietshäusern überdimensioniert, die Anlagen  
144 verbrauchen mehr Gas als zum Heizen der Wohnungen nötig ist – zum Schaden der Mieter\*innen.  
145 Wo die gestiegenen Energiekosten aufgrund der Einkommenssituation schwer zu verkraften sind,  
146 müssen neben finanziellen Entlastungen Angebote der Energieschuldenberatung und Maßnahmen  
147 zur Vermeidung von Strom- oder Gassperren greifen.

148 8. Wir prüfen, wie wir die Grundsteuer und Grunderwerbssteuer an der Energieeffizienz des  
149 Gebäudes orientieren können. Je besser saniert ein Gebäude ist, desto weniger zahlt ein\*e  
150 Eigentümer\*in, je schlechter der Sanierungszustand, desto mehr. So setzen wir klare Anreize,  
151 in Energieeffizienz zu investieren.

152 9. Die Wärmewende braucht mehr grünen Strom. Das bedeutet für Berlin vor allem,  
153 Photovoltaikanlagen auf Berlins Dächern. Deshalb haben wir Grüne das Ziel von 25% Solarstrom  
154 2035 im Koalitionsvertrag durgesetzt. Mit dem Solargesetz Berlin, der Solarpflicht für  
155 öffentliche Gebäude im EWG und dem Masterplan Solarcity haben wir bereits wichtige Weichen  
156 für die notwendige Beschleunigung des PV-Ausbaus gestellt. Diesen Weg muss das Land Berlin  
157 konsequent fortsetzen.

158 10. Wir wollen die Zusammenarbeit mit dem Land Brandenburg und unseren dort an der Regierung  
159 beteiligten bündnisgrünen Parteifreund\*innen intensivieren. Beide Bundesländer können  
160 gemeinsam die Wärmewende schaffen, wie eine Studie des Fraunhofer-Instituts im Auftrag von  
161 Bündnisses Kohleausstieg Berlin gezeigt hat. Dafür gründen wir eine gemeinsame Task Force  
162 Energiewende in der Metropolregion.

#### 163 V Klimaschutz und Mobilitätswende

164 Die Klimakrise und die zunehmend steigenden Energiepreise aufgrund des Kriegs in der Ukraine  
165 zwingen uns überdies dazu, klimaschädliche Energieträger sparsamer und effizienter  
166 einzusetzen. Einsparpotential gibt es im Land Berlin insbesondere auch mit Blick auf den  
167 motorisierten Individualverkehr, da der Verkehrssektor nach wie vor der zweitgrößte Emittent  
168 von CO<sub>2</sub> ist. Eines ist klar: Der Umstieg auf Elektromobilität macht den Verkehr zwar weniger  
169 klimaschädlich, verbraucht dennoch Energie und kostbare Ressourcen. Die Mobilitätswende muss  
170 daher mehr sein als eine bloße Antriebswende. Unser Ziel, möglichst viele Menschen davon zu  
171 überzeugen vom Auto auf Bus, Bahn, Rad oder Fuß umzusteigen ist heute wichtiger und  
172 drängender denn je. Zentral wird dabei sein, dass wir den ÖPNV noch attraktiver gestalten.

173 Daher werden wir eine Attraktivitäts-Offensive starten. In der letzten Periode haben wir  
174 bereits die größte ÖPNV-Infrastruktur-Investitions-Phase gestartet, die es in Berlin je gab.  
175 Mit neuen Linien, einem besseren Takt und einem deutlich gesteigerten Angebot wird dies  
176 schon bald erste Erfolge zeigen. Nun gilt es diesen Weg zu verstärken. Wir werden daher die  
177 Bahnhöfe aufwerten, für mehr Sicherheit im ÖPNV sorgen und auch Abos attraktiver machen. Um  
178 diese Offensive zu finanzieren und insbesondere am Stadtrand mehr Angebote schaffen zu

179 können, führen wir eine dritte Finanzierungssäule ein. In einem ersten Schritt werden die  
180 Gebühren fürs Anwohner- und fürs Kurzzeitparken erhöht. Dies allein wird jedoch nicht  
181 reichen. Wir werden darüber hinaus noch weitere Einnahmequellen benötigen, wie  
182 beispielsweise eine Maut, die vor allem PKWs mit hohen CO<sub>2</sub>-Emissionen betrifft und sozial  
183 gestaffelt ist. Deren Einnahmen sollen für die Vergünstigung des Verkehrs und den Ausbau des  
184 ÖPNV, gerade in den Außenbezirken, verwendet werden. Um schnell fossile Energien einsparen  
185 zu können, fordern wir zudem die Einführung eines autofreien Sonntags pro Monat in Berlin.  
186 Wer sein Auto stehenlässt oder gar keines besitzt, soll dennoch rasch und bequem  
187 vorankommen. Wir tun alles, damit das künftig auch für Pendler\*innen und für Menschen gilt,  
188 die am Stadtrand wohnen.

#### 189 VI Berlin als „sicherer Hafen“ für alle Geflüchteten

190 Millionen Menschen befinden sich auf der Flucht aus der Ukraine. Dabei ist Berlin als  
191 „Sicherer Hafen“ für viele Menschen, nicht zuletzt aus der organisierten ukrainischen  
192 Zivilgesellschaft, ein Hauptziel. Wir stehen solidarisch an der Seite aller Menschen in der  
193 Ukraine und aller Geflüchteten aus der Ukraine. Diese Entwicklung und die anhaltend hohe  
194 Zahl an Schutzsuchen, auch aus anderen Konfliktgebieten, bedeuten einen organisatorischen,  
195 logistischen und humanitären Kraftakt für Senat, Bezirke und die gesamte Stadtgesellschaft.  
196 Wir senden dennoch das klare Signal: Wir lassen Euch nicht allein! Das schließt explizit  
197 auch alle Schwarzen Menschen, People of Color und Drittstaatler\*innen und Staatenlosen ein,  
198 die sich derzeit auf der Flucht vor dem Krieg befinden.

199 Bündnis 90/Die Grünen Berlin verurteilen scharf die Anwendung von „Racial Profiling“ an der  
200 polnisch-deutschen Grenze durch die Bundespolizei sowie die schamlosen und rassistischen  
201 Bemühungen, zwischen „guten“ und „schlechten“ Geflüchteten zu unterscheiden. Der Krieg in  
202 der Ukraine trifft alle dort lebenden Menschen, und zwar unabhängig von ihrer Herkunft. Für  
203 uns steht fest: Die Bundesregierung muss allen Menschen, die vor dem Krieg in der Ukraine  
204 flüchten, den gleichen Schutz und die gleichen Aufenthaltsrechte bieten. Wir benötigen eine  
205 funktionierende Verteilung nach dem Königsteiner Schlüssel auf die anderen Bundesländer.  
206 Besonders vulnerable Geflüchtete wie LSBTIQ\* und BIPoC sollen aber nicht gegen ihren Willen  
207 durch das EASY-System nach Königsteiner Schlüssel an Orte ohne unterstützende Strukturen  
208 verbracht werden, sondern dauerhaft in Berlin bleiben können. Für diejenigen, die in Berlin  
209 bleiben, gilt es nun schnell und unbürokratisch die Registrierung zu ermöglichen, die  
210 Gesundheitsversorgung sicherzustellen und Zugang zu Ausbildung, Studium und Arbeitsmarkt  
211 tatsächlich zu ermöglichen. Es braucht zudem in Absprache zwischen Bund und Ländern einen  
212 klaren finanziellen Rahmen, der die besondere Situation Berlins anerkennt und dieser gerecht  
213 wird. Die Bundesregierung steht in der Pflicht, dem Land Berlin die notwendigen Finanzmittel  
214 und strukturellen und personellen Unterstützungsangebote zügig bereit zu stellen.

215 Das Berliner Stadtgesellschaft hat in den vergangenen Wochen enormes geleistet. Die gezeigte  
216 Solidarität und das gelebte Engagement boten vielen Menschen in einer für sie verzweifelten  
217 Lage Hoffnung. Nicht nur zu Beginn der Krise waren der Berliner Senat und die Verwaltung auf  
218 die Unterstützung der Zivilgesellschaft angewiesen, bis heute ist die ehrenamtliche  
219 Helfer\*innenstruktur unverzichtbar und garantiert, dass Berlin der Aufgabe weiter gewachsen  
220 bleibt. Es gilt nun diese Lage Schritt für Schritt in geordnete Bahnen zu lenken und  
221 dauerhaft funktionierende Strukturen für Ankunft, Unterbringung und soziale und  
222 gesellschaftliche Teilhabe zu schaffen. Dafür braucht es in einem ersten Schritt eine  
223 vereinfachte und direkte Gewährung von Personal- und Sachmitteln für die  
224 zivilgesellschaftlichen Träger durch die Zuwendungsstellen zum Aufbau professioneller  
225 Hilfestrukturen neben dem ehrenamtlichen Engagement. In einem zweiten Schritt wird  
226 mittelfristig ein neuer „Masterplan“ benötigt, der die Teilhabe und Inklusion aller

227 geflüchteter Menschen aus der Ukraine auf Landes- und Bezirksebene sowie in allen  
228 gesellschaftlichen Bereichen aktiv befördert.

229 Der Berliner Senat hat in den letzten Wochen schnell und geschlossen agiert, um die  
230 Geflüchteten angemessen unterzubringen und zu versorgen. Aber wir müssen damit rechnen, dass  
231 in den nächsten Wochen die Zahl der Menschen, die zu uns flüchten, noch weiter ansteigen  
232 wird. Deshalb sind eine funktionierende Struktur und ausreichende Kapazitäten in den  
233 Ankunftscentren sicherzustellen. Vulnerablen Gruppen müssen überdies sichere Unterkünfte  
234 unterbreitet werden, die ihren Sicherheitsbedarfen Rechnung tragen. Wir fordern daher den  
235 Senat auf, die zivilgesellschaftlichen Organisationen bei der Einrichtung von eigenen  
236 Unterkünften für LSBTIQ\*- und BiPoC-Geflüchtete als ‚Safer Spaces‘ zu unterstützen. Zudem  
237 müssen in allen Einrichtungen Betreiber\*innenschutzkonzepte für vulnerable Gruppen zur  
238 Prävention und zum Schutz vor Sexismus, sexualisierter Gewalt, Rassismus oder  
239 Queerfeindlichkeit implementiert werden.

240 Der 2018 beschlossene Bau von modularen Unterkünften für Geflüchtete muss zudem zügig zum  
241 Abschluss gebracht werden, damit pro Bezirk die vereinbarten 1.000 Plätze errichtet werden.  
242 Damit Geflüchtete zügig von Unterkünften in Wohnungen ziehen können, insbesondere auch jene,  
243 die bereits seit vielen Jahren in Unterkünften leben, braucht es weitere Vereinbarungen über  
244 Kontingente mit den kommunalen Wohnungsbaugesellschaften und mit privaten  
245 Wohnungsunternehmen und auch weiteren Wohnraum. Die Schaffung ausreichender  
246 Unterbringungskapazitäten ist nur möglich, wenn alle Beteiligten in der Stadt ihren Beitrag  
247 leisten.

248 Überdies braucht es qualifizierte und passgenaue Angebote, die den verschiedenen Bedarfen  
249 der Geflüchteten gerecht werden. Etwa kostenlose Beratung zu Fragen des Aufenthalts und  
250 Asyls, des Studiums und der Erwerbstätigkeit sowie der sozialrechtlichen Unterstützung für  
251 Drittstaatler\*innen. Ebenso muss das Land Berlin auf die besonderen gesundheitlichen,  
252 psychosozialen oder Inklusionsbedarfe von allen Menschen aus der Ukraine adäquat reagieren –  
253 insbesondere bei der Unterstützung von trans-Geflüchteten, sowie Geflüchteten mit HIV oder  
254 anderen Infektionserkrankungen und von Geflüchteten mit Behinderungen.

255 Besonders viele der Geflüchteten sind Frauen. Sie kommen allein, mit Kindern oder mit  
256 Großeltern. Sie bangen um ihre männlichen Verwandten und Freund\*innen in der Ukraine und  
257 tragen zeitgleich Verantwortung für ihre Angehörigen, die sie mitbringen. Sie gehören zu den  
258 vulnerablen Gruppen. Schutz vor Gewalt und Ausbeutung gilt auch für sie. Bündnis 90/Die  
259 Grünen Berlin unterstützt Aufklärungskampagnen zu Menschenhandel und Informationen zu  
260 Gewalt. Die Teilnahme an einem Integrationskurs soll allen geflüchteten Menschen aus der  
261 Ukraine zügig ermöglicht werden. Mütter können diese Angebote nur annehmen, wenn sie eine  
262 Kinderbetreuung haben. Wir setzen uns deshalb für die schnelle Eingliederung der Kinder in  
263 Kindertageseinrichtungen und Schulen ein. Die Bedürfnisse von besonders vulnerablen Gruppen,  
264 insbesondere unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten, sind von Minute eins an zu  
265 berücksichtigen.

266 Eines ist klar: Die Aufnahme flüchtender Menschen aus der Ukraine darf nicht zulasten  
267 anderer geflüchteter Menschen gehen, die bereits länger bei uns leben. Wir dürfen und werden  
268 auch diejenigen Schutzsuchenden nicht vergessen, die noch immer an der polnisch-  
269 belarussischen Grenze, in Afghanistan oder auf Lesbos ausharren müssen. Auch für sie muss es  
270 sichere Fluchtwege und eine Chance auf Leben geben. Berlin als „Sicherer Hafen“ heißt alle  
271 Schutzsuchenden willkommen.

## Begründung der Dringlichkeit

Die Antragsfrist konnte nicht eingehalten werden, da das Ausmaß und die Folgen des russischen Angriffskriegs zu diesem Zeitpunkt nicht absehbar waren.